

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

№ 263.

Erscheint jeden Wochentag Nachmitt. 1/2 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

Donnerstag, den 11. November.

89. Jahrgang.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1886.

## Die Lage in Bulgarien.

Die politische Situation wird jetzt auch in den deutschen Regierungskreisen als sehr ernst angesehen, wenn dieselben auch noch immer an der Hoffnung festhalten, daß es der vermittelnden Thätigkeit des deutschen Reichskanzlers gelingen werde, Rußland zur größeren Mäßigung zu bewegen und dadurch den bedrohten Weltfrieden zu erhalten. Eine leichte Aufgabe ist dies bei der jetzt in Rußland obwaltenden Stimmung durchaus nicht. Die Ansprache des Kaisers von Oesterreich an die Delegationen, welche den Ungarn noch viel zu wenig entschieden war, wird von den russischen Blättern keineswegs als eine friedliche Kundgebung angesehen. Die Letzteren finden zwar die Form etwas beruhigender als diejenige der Reden der Präsidenten Smolka und Tisza, den Grundgedanken aber ebenso verlegend für Rußland, weil er den Hoffnungen der bulgarischen Regenten nicht widerspricht. Das russische Journal „Swjet“ sagt, daß Rußland in der österreichischen Chronik etwa wie ein deutscher Mittelstaat behandelt werde; „Kowoje Wremja“ meint, vor Allem müsse die russenfreundliche Partei in Burgas vor den bulgarischen Regenten geschützt werden; „Kowost“ schreibt, daß jetzt, nachdem Oesterreich den Fehdehandschuh hingeworfen, ein ernsterer Gegner als die bulgarischen Marionetten Rußland zur Okkupation zwingen. Auch englische Blätter lesen aus der Chronik des Kaisers von Oesterreich die Absicht heraus, eine energichere Politik einzuschlagen und hebt der vielgelesene „Daily Telegraph“ hervor, daß die Rede mit keinem Worte Rußland einen besonderen Einfluß in Bulgarien einräume. England werde sich dem österreichisch-ungarischen Programm sicher anschließen. Mit diesem Anschluß sind aber wohl nur gemeinsame diplomatische Schritte gemeint, die England und Oesterreich zu thun geneigt sind, falls Rußland zur militärischen Okkupation Bulgariens oder zu irgend einem anderen Akt der Gewalt gegen die jetzige bulgarische Regierung schreitet. Sehr viel hängt von der Delegationsrede des Grafen Kalnoth ab, die in kürzester Zeit mehr Licht über die Absichten des österreichisch-ungarischen auswärtigen Amtes verbreiten wird. Daß diese Rede besonders zuvorkommend gegen Rußland ausfallen sollte, ist bei der Stellung der maßgebenden Parteien in den Delegationen sehr unwahrscheinlich. Der allgemeine Wunsch der Großmächte geht freilich dahin, den Frieden zu erhalten und die Orientfragen ohne Blutvergießen zu lösen. Dazu wäre aber zunächst unerlässlich, daß Rußland der provisorischen Regierung in Bulgarien und der Sobranje in Tirnawa die Möglichkeit eines ehrenvollen Rückzuges verschaffe und den General Kaulbars abberiefe, dessen aufreizendes Verhalten allgemein verurtheilt wird.

Der russische General begnügt sich nicht mehr damit, die Rechtsgültigkeit der bulgarischen Regentenschaft und Nationalversammlung zu bestreiten, sondern ermutigt Verschwörungen gegen die jetzige bulgarische Regierung dadurch, daß er den russenfreundlichen Elementen den Dank des Zaren auspricht und Maßregeln trifft, die in Burgas verhafteten Empörer vor der gerechten Strafe zu schützen. Das von Kaulbars an die russischen Konsuln gerichtete Rundschreiben hat folgenden Wortlaut: „Namens Sr. kaiserlichen Majestät werde ich telegraphisch beauftragt, den allerhöchsten kaiserlichen Dank derjenigen bulgarischen Bevölkerung mitzutheilen, welche volles Vertrauen in Rußland setzt und während meiner Reise in Bulgarien sowohl mündlich als schriftlich mittelst zahlreicher Adressen offen den Wunsch äußerte, daß die wohlgemeinten Rathschläge des Kaisers, die durch mich in aufrichtiger Absicht, den Wohlstand und die Entwicklung Bulgariens zu sichern, erteilt wurden, erfüllt werden. Beglückt durch diesen kaiserlichen Befehl, beauftrage ich Sie, dies zu veröffentlichen.“ Dieser russenfreundliche Theil der bulgarischen Bevölkerung wird durch die am Staatsstreich vom 21. August beteiligten Offiziere, welche nach Rußland geflüchtet waren und jetzt im Vertrauen auf den Schutz des Generals Kaulbars nach Bulgarien zurückkehrten, unablässig in unverantwortlicher Weise aufgestachelt. Die Regierung hat aber Vorkehrungen getroffen, die Umtriebe dieser russischen Werkzeuge unschädlich zu machen. Der Burgaser Butsch wurde nachweislich von dem russischen Konsul in Rutschul inszenirt; auch bei der noch rechtzeitig ermittelten Verschwörung in Philippopel erwies sich der dortige russische Konsul als Urheber. Mit Spannung erwartet man, was die bulgarische Regierung

über die in ihren Händen befindlichen Anstifter der Ueberumpelung von Burgas beschließen wird. Nachdem die regierungstreuen Truppen die Stadt wieder besetzt hatten, wurde nämlich der am schwersten kompromittirte russische Kapitän Nabokow in Achialo oder Archialos am Meere, nordwärts von Burgas, verhaftet. Der ebenfalls an dem Butsch beteiligte Zankowist Goranow und der Lieutenant Kiffelski retteten sich auf eine Barke, welche die Richtung auf Warna einschlug; vier Boote wurden ihnen zur Verfolgung nachgeschickt, andere Barken gingen von Warna aus in See, um die Verschwörer zu verhindern, die russischen Schiffe zu erreichen, was ihnen gelingen sein dürfte. Der montenegrinische Pope Dragovic, zwei Unteroffiziere und mehrere oppositionelle Bürger entgingen der Verhaftung nur dadurch, daß sie im russischen Konsulate Schutz suchten. Der russische Konsul in Burgas forderte von dem dortigen Präfecten, daß ihm auch Nabokow, der Anstifter und Leiter des Ueberfalles auf die Stadt, ausgeliefert werde. Der Präfect erwiderte, daß Nabokow sich in den Händen der Militärbehörden befinde und daß dessen Gegenwart zur Durchführung der Untersuchung unerlässlich sei. Angekündigt ist ein russisches Kriegsschiff zum Schutze der besiegten Rebellen in den Hafsen von Burgas eingelaufen. Die bulgarische Regierung beschloß inzwischen, den Kapitän Nabokow nach durchgeführter Untersuchung den russischen Behörden auszuliefern.

Angeichts der Umtriebe der russischen Agenten, welche die Ruhe des Landes gefährden, wollte das bulgarische Ministerium des Innern über ganz Ostrumelien den Verlogszustand verhängen. Karawelow weigerte sich jedoch entschieden, den betreffenden Maß zu unterzeichnen; er ist tief erbittert darüber, daß der von ihm angebahnte Ausgleich mit der Partei Zankow vollständig gescheitert ist. Die meisten Deputirten sträubten sich gegen die Aufnahme Zankow's in die Regentenschaft, weshalb die Partei Zankow beschloß, an den Debatten der Sobranje nicht mehr theilzunehmen. Die Kammermehrheit einigte sich darauf, den Prinz Waldemar zum Fürsten zu wählen und eine Deputation an die Mächte zu entsenden. Bis zur Ankunft des Fürsten soll die Sobranje vertagt werden und nach der Eidesleistung auseinander gehen. Dem Fürsten steht es dann frei, die jetzige Regierung beizubehalten oder abzugeben. Man glaubt aber nirgends, daß Prinz Waldemar von Dänemark die bulgarische Fürstenwürde annehmen werde, weil seine fromme römisch-katholische Gemahlin niemals einwilligen würde, ihre Kinder in der griechisch-katholischen Religion erziehen zu lassen. Die Fürstenwahl dürfte schon in den nächsten Tagen vor sich gehen, trotzdem General Kaulbars nach Tirnawa die Mittheilungen gelangen ließ, daß der Zar keinen einzigen Kandidaten für den bulgarischen Thron genehmigen werde und nach wie vor den Beschlüssen der Sobranje jede Rechtskraft abspreche. Ueberhaupt benehmen sich die Russen, als ob sie die allein rechtmäßigen Herren in Bulgarien wären. So hat Kaulbars erklärt, Rußland dulde die von der Regentenschaft beschlossene Abtretung Bregowa's an Serbien nicht. Von Petersburg erhielt auch der russische Gesandte in Belgrad eine dem entsprechende Instruktion und der russenfreundliche Vertreter der Pforte, Zia Bey, beschwerte sich bei der serbischen Regierung darüber, daß sie durch den Agenten Dr. Stransky direkt mit Bulgarien verhandle, statt mit der suzeränen türkischen Regierung. Russische Einflüsse stacheln gleichzeitig die serbische Opposition zur Bekämpfung des Arrangements mit Bulgarien wegen der russischen Nichtanerkennung der Regentenschaft auf. Unmöglich können wie jetzt in Bulgarien zwei Regierungen, eine russenfreundliche und eine russenfeindliche, neben einander fort bestehen. Es ist dabei unvermeidlich, daß ein Zusammenstoß erfolgt, welcher die Landung russischer Truppen veranlaßt und die Regierung Oesterreich-Ungarns zwingt, sich zu entscheiden, ob sie Bulgarien friedlich an Rußland überlassen will oder nicht. Eine etwaige gemeinsame diplomatische Aktion Englands und Oesterreichs würde sich nur auf den Berliner Vertrag stützen und nichts Anderes als die Vertheidigung des europäischen Rechtszustandes bezwecken. Die Wiener „Neue Freie Presse“ meint, daß damit ohne die Mithilfe Deutschlands nichts erreicht werde. Fürst Bismarck solle sich entschließen, das Zauberwort auszusprechen, das Europa von der hangen Sorge um die nächste Zukunft erlöse.

## Tageschau.

Freiberg, den 10. November.

Der „Reichsanzeiger“ bringt folgende von dem Staatssekretär von Bötticher gegengezeichnete Verordnung über die Einberufung des Deutschen Reichstages: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen etc., verordnen auf Grund des Artikels 12 der Verfassung, im Namen des Reiches, was folgt: Der Reichstag wird berufen, am 25. November dieses Jahres in Berlin zusammenzutreten und beauftragen wir den Reichskanzler mit den zu diesem Zweck nöthigen Vorbereitungen. Urkundlich unter unserer höchstehenden Unterschrift und beigedruckten kaiserlichen Insignien. Gegeben Berlin, den 8. November 1886. Wilhelm. Ein Berliner Blatt schreibt: „Die von uns berichtete Annahme, daß dem Reichstag in der bevorstehenden Session keinerlei Vorlage gemacht werden dürfte, welche die Erzielung höherer Steuern einnahm e u. zum Zweck habe, ist inzwischen durch nichts erschüttert worden; vielmehr gilt es in Bundesratskreisen als gewiß, daß diesem Reichstage keinerlei Lösung der schwebenden Steuerfragen mehr zugemuthet werden wird.“ — Dem Bundesrath war bisher weder der Militäretat für 1887-88 nach der Etat für das Auswärtige Amt zugegangen. Gestern langte der Letztere endlich an und wies nur geringe Veränderungen gegen das Vorjahr auf. — Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich auch wiederum als Unterstützung für Förderung der auf Erschließung Zentralasien und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen die Summe von 150000 M. und 80000 M. für die zoologische Station des Professors Dohrn in Neapel. — Der bereits ausführlich besprochene neue Gesetzentwurf über Abänderung des Gerichtslokalengesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte umfaßt sieben Artikel. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes ist vorbehalten; der Reichskanzler wird ermächtigt, den Text des abgeänderten Gesetzes durch das Reichsgesetzblatt bekannt zu machen. Beigegeben ist eine vergleichende Uebersicht der jetzigen Verhältnisse und der Taxen nach den früheren preussischen Bestimmungen; eine Berechnung der Kosten nach den deutschen Prozessordnungen; Uebersichten über die Gebühren der Rechtsanwälte u. s. f. Der Entwurf wird sicher in den Interessententreiben viel Staub aufwirbeln und mancherlei Ansetzungen erfahren. Wahrscheinlich geht dieser Entwurf dem Reichstage bald nach seinem Zusammentritt zu.

Als unser Kaiser vor einigen Tagen den Fürsten Leopold von Hohenzollern mit seinem zweiten Sohne, dem Prinzen Ferdinand, vor deren Abreise nach Bularest empfing, soll er an Letzteren sehr ernste Worte gerichtet und zu ihm gesagt haben: „Ich glaube, es wird Dir in Potsdam besser gefallen haben, als es Dir später in Rumänien gefallen wird.“ Der Prinz soll angeblich während seines fünfwöchentlichen Aufenthaltes in Bularest zum rumänischen Thronfolger proklamirt werden. — In Bezug auf die bulgarischen Wirren schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Während die Ruffenfreunde auf bulgarischem Boden es für ihre Aufgabe zu halten scheinen, nach Kräften an der Verwirrung der Lage zu arbeiten, überwiegt im Schooße des Regentenschaftsministeriums und der Sobranje das gegentheilige Streben. Diesem verdammt wohl auch die beschlossene Vertagung der Fürstenwahl bis zum morgigen Termin ihren Anlaß, sowie die daran geknüpfte Aussicht auf eine Modifikation in der Zusammensetzung des Kabinetts, offenbar zu dem Zweck, mit Rußland in ein leidlicheres Verhältniß zu gelangen. Mittlerweile taucht freilich schon die Eventualität des Erscheinens der russischen Flagge im Hafen von Burgas am Horizont der bulgarischen Frage auf.“ — Der König und die Königin von Württemberg traten heute Vormittag unter dem Namen Graf und Gräfin Tecl mittelst Sonderzuges die Reise nach Nizza an, wo die Ankunft am Donnerstag Vormittag erfolgt. — Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ veröffentlicht die Einberufung der württembergischen Ständeversammlung auf den 25. dieses Monats.

Nach österreichischen Blättern hat das bereits kurz mitgetheilte Testament des am 23. v. M. dahingegangenen Grafen Beust folgenden Wortlaut: „Altenberg, 10. November 1883. Ein Testament zu machen, ist immer eine widerstrebende Sache. Ich denke, eine einfache Niederschrift, wie ich sie hier vollziehe, wird umso mehr genügen, als die darin befindlichen Dispositionen der Erbfolge ab intestato entsprechen. Meine lieben drei Kinder erben zu gleichen Theilen. Folgendes ist mein Besitz: Altenberg, was Ihr wohl thun werdet, zu verkaufen. — Mein Antheil an der Saline Neusulza und die auf dem Antheil meines Bruders haftende